

## OFRI: Mügeln-Vorfälle erfordern politische Maßnahmen und mehr Zivilcourage

Osnabrück - Fünfzehn Jahre nach Rostock-Lichtenhagen ist der ausländerfeindliche Spuk leider immer noch nicht vorbei. Mit Entsetzen und Unverständnis hat die Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI) von den Geschehnissen in Mügeln Kenntnis genommen, wo acht Inder von ca. 50 deutschen Jugendlichen verprügelt und durch die sächsische Kleinstadt gejagt worden sind.

Zustimmende "Ausländer raus" Rufe oder zumindest teilnahmsloses Beobachten durch die Besucher eines Stadtfestes deuten auf eine mangelnde Zivilcourage der Bevölkerung. Nicht einem der Umstehenden kam es in den Sinn, die Polizei um Hilfe zu rufen, und im Nachhinein tun sich immer noch viele Zeugen schwer, Aussagen zu machen. Die Aussagen des dortigen Bürgermeisters, es habe doch "nur" ausländerfeindliche Äußerungen gegeben aber keine rechtsradikalen Ausschreitungen - und schon gar nicht von Mitbürgern aus Mügeln - kennzeichnen das Verharmlosen von Fremdenfeindlichkeit. Gerade das Nicht-Vorhandensein einer rechtsradikalen Gruppierung würde in alarmierender Weise zeigen, wie weit verbreitet und in der Mitte unserer Gesellschaft verankert rechtes Gedankengut und mindestens ein Tolerieren dieses Verhaltens ist.

Auch bei uns in Niedersachsen sind ausländerfeindliche Gewalttaten leider nicht unbekannt. Mit 58 ausländerfeindlichen Gewalttaten im letzten Jahr nimmt unser Bundesland einen unrühmlichen ersten Platz in der Gewaltstatistik ein, auch wenn die auf die Einwohnerzahl bezogene Anzahl von derartigen Straftaten geringer ist als in den neuen Ländern. Unbestreitbar bilden die schlechte wirtschaftliche Lage, fehlende Kontakte zu Ausländern, eine schlechte Bildung und immer noch vorherrschende autoritäre Strukturen, wie sie es nicht nur zu DDR-Zeiten gab, einen Nährboden für Rechtsradikalismus. Aber es sind nicht nur arbeitslose Jugendliche, vorwiegend männlich, ohne jede Perspektive, die ihre Fremdenfeindlichkeit gewaltsam ausleben.

Die Politik ist gefordert, die Lebensbedingungen der Menschen so zu verändern, dass derartiges sich nicht wiederholt. Ein Schritt dazu sind die Einführung eines Mindestlohnes und verstärkte Ausbildungsmöglichkeiten, damit die Menschen in den ausländischen Arbeitnehmern keine Konkurrenz sehen, die ihnen mit immer niedrigeren Löhnen die Arbeit wegnehmen. Die Politik muss aber auch dafür sorgen, dass Übergriffe auf Ausländer und Menschen mit anderer Hautfarbe nicht verharmlost oder totgeschwiegen werden.

Nicht zuletzt liegt es an jedem Einzelnen von uns, Zivilcourage zu zeigen und einzugreifen, wenn fremdenfeindliche und rassistische Äußerungen und

Übergriffe passieren. "No-Go-Areas" dürfen nicht geduldet werden. Dadurch, dass man sie nicht zur Kenntnis nimmt, werden sie nicht verschwinden.

Unabhängig vom Ausgang der Ermittlungen, ob ein rechtsradikaler Hintergrund bei den Ausschreitungen in Mügeln vorliegt oder nicht, kann es nicht hingenommen werden, dass Menschen durch eine Stadt gehetzt werden und die Herumstehenden zustimmend gröhlen oder so tun, als ginge sie dies nichts an. Niemand muss sich körperlich einmischen, aber die Polizei um Hilfe rufen, das kann jeder. Genügend Handys gab es sicher auch in Mügeln.

Die Osnabrücker Friedensinitiative begrüßt ausdrücklich das Engagement der vielen jungen Menschen, die aus Berlin und anderen Orten nach Mügeln gekommen sind, um gegen die Übergriffe auf die acht Inder zu demonstrieren.

Für die OFRI:  
Uwe Afemann

August 2007